



An die
Mitglieder der Fraktionen
der FDP und der CDU/CSU
im Deutschen Bundestag

Dirk Niebel

Bundesminister
Mitglied des Deutschen Bundestages

POSTANSCHRIFT UND ZUGANG
Stresemannstr. 94, Europahaus
10963 Berlin

TEL +49 (0)30 - 18 535 - 2311
FAX +49 (0)30 - 18 535 - 2555
E-MAIL dirk.niebel@bmz.bund.de
www.bmz.de

Berlin, 21. Januar 2011

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

im Nachgang zu meiner Regierungserklärung möchte ich Ihnen einige Fakten als Argumentationshilfe an die Hand geben. Die Bundesregierung hat heute ihren Beschlussantrag zur Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (*International Security Assistance Force*, ISAF) in den Deutschen Bundestag eingebracht. Erfahrungsgemäß wird sich die öffentliche Debatte in den kommenden Wochen stark auf militärische Aspekte des deutschen Afghanistan-Engagements konzentrieren. Dies ist nicht verwunderlich, da der Auslandseinsatz deutscher Soldatinnen und Soldaten immer mit besonders schwierigen Abwägungen verbunden ist. Allerdings läuft der starke Fokus auf das Militärische manchmal Gefahr, die Entwicklungen und unser vielfältiges Engagement im zivilen Bereich zu verdecken – obwohl der Erfolg unseres Afghanistan-Engagements nicht durch militärische Beiträge allein zu erreichen ist. Deshalb verfolgt die Bundesregierung den Ansatz der vernetzten Sicherheit, der zivile und militärische Beiträge im Rahmen ihrer politischen Gesamtzielsetzung kombiniert. Vor diesem Hintergrund möchte ich einige Aspekte der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Afghanistans erläutern:

Afghanistan ist nicht nur ein Land, das in vielen Gebieten von Instabilität und Gewaltkonflikten gezeichnet ist, Afghanistan ist auch ein besonders armes Entwick-



lungsländ. Auf die teils erschreckenden Wirtschafts- und Sozialindikatoren – die Armut auf dem Land, die häufig unzureichende Gesundheitsversorgung, den Analfabetismus – wird in diesem Zusammenhang häufig und zu Recht verwiesen. Allerdings müssen diese Daten im Kontext betrachtet werden: Im Kontext der denkbar schlechten Ausgangslage 2001, des anfangs zurückhaltenden internationalen Engagements und der schwierigen Arbeitsbedingungen für die zivile Hilfe vor Ort. Davon ausgehend sind die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in Afghanistan seit 2001 in vielen Bereichen durchaus positiv, wie auch der Afghanistan-Fortschrittsbericht der Bundesregierung von Dezember 2010 zeigt. Hier einige Beispiele:

- Das durchschnittliche Pro-Kopf Einkommen in Afghanistan hat sich – gemessen in laufenden US-Dollar – zwischen 2001 und 2010 in etwa verfünffacht.
- Die Schülerzahl hat sich zwischen 2001 und 2010 versiebenfacht; der Anteil der Schülerinnen stieg in den Grundschulen von 0 % auf 38 %.
- Die Kindersterblichkeit hat sich zwischen 2001 und 2009 um zehn Prozentpunkte von 26 % auf 16 % verringert.
- Mehr als 13.000 km Straßen und Pisten wurden seit 2001 neu gebaut oder instandgesetzt.
- Die Verfügbarkeit von elektrischer Energie hat sich seit 2001 in etwa verdoppelt.
- Der Anteil von Kinderheiraten sank von 11 % auf rund 3 % der Eheschließungen.
- Die Staatseinnahmen haben sich seit 2002 verzehnfacht; dadurch stieg das Verhältnis der eigenen Einnahmen zu den laufenden Kosten des afghanischen Staates von rund 65 % im Haushaltsjahr 2005/2006 auf rund 72 % in 2009/2010.



Natürlich ist eine Kindersterblichkeit von 16 % immer noch viel zu hoch, natürlich ist jede Kinderheirat eine Kinderheirat zuviel, und natürlich wird der afghanische Staat noch über Jahre auf internationale Unterstützung für die Deckung seiner laufenden Kosten angewiesen sein. Trotzdem sind diese Fortschritte über einen – aus Perspektive der Entwicklungspolitik – überschaubaren Zeitraum von nicht einmal zehn Jahren durchaus ermutigend. Fortbestehende Defizite bei staatlicher Verwaltung, Wirtschaftsentwicklung und Armutsbekämpfung in Afghanistan sollten uns daher nicht zum Fehlschluss verleiten, es wäre bislang nichts oder wenig erreicht worden. Das Gegenteil ist der Fall.

Dies ist in erster Linie auf die Anstrengungen der Afghaninnen und Afghanen selbst zurückzuführen, die nach Jahrzehnten des Kriegs und Bürgerkriegs eine bessere Zukunft für sich und ihre Kinder wollen. Aber auch unsere Entwicklungszusammenarbeit leistet Beiträge zu diesen Fortschritten. Die Bundesregierung hat ihre zivilen Mittel für Afghanistan nahezu verdoppelt, auf bis zu 430 Mio. Euro pro Jahr 2010 bis 2013. Damit verleiht sie der deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit die nötige Signifikanz und Wirksamkeit. Nachfolgend Beispiele zu unseren allein 2009 - 2010 erzielten Ergebnissen:

- Gut 1.000 Bedienstete des staatlichen Justizsektors wurden fortgebildet, rund 400 Polizisten und Vertreter der lokalen Bevölkerung in Ansätzen des „Community Policing“ (Vertrauensbildung zwischen Polizei und Bevölkerung).
- Vom Bau von Bewässerungskanälen profitierten fast 8.000 afghanische Haushalte.
- Mehr als 12.000 Personen wurden in verschiedenen wirtschaftlichen Tätigkeiten fortgebildet, um ihnen bessere Einkommensmöglichkeiten zu schaffen.



- Mehr als 42.000 Personen haben von Mikrokrediten, die mit Unterstützung der deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit vergeben wurden, profitiert, davon rd. 6.000 Frauen. Des Weiteren wurden über 450 Kredite für kleine und mittlere Unternehmen vergeben.
- 117 km Straßen wurden gebaut oder rehabilitiert.
- Knapp 85.000 Haushalte bekamen einen verbesserten Trinkwasserzugang.
- 9 Kleinwasserkraftwerke und 2 Umspannstationen wurden gebaut bzw. rehabilitiert, wodurch sich der Zugang zu Energie für über 150.000 Personen verbessert hat.

Auch die Planung und Umsetzung der zivilen Hilfe Deutschlands hat sich deutlich verbessert: Das Auswärtige Amt (AA) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stimmen sich intensiv ab – sowohl zwischen den Zentralen, als auch vor Ort. Innerhalb der Regionalen Wiederaufbauteams und am ISAF-Regionalkommando Nord sind alle in Afghanistan engagierten Ressorts durch eigene Vertreter präsent – was eine flexible und unbürokratische Abstimmung ermöglicht. Ein gutes Beispiel für die Arbeitsteilung zwischen den Ressorts ist der Bildungssektor, wo sich die Beiträge des BMZ in der Primar-, Sekundar- und Berufsbildung und des AA in der tertiären Bildung sowie bei Exzellenzschulen optimal ergänzen. Das BMZ verstärkt seine Präsenz in Nord-Afghanistan derzeit weiter, um seinem erheblich intensivierten Engagement Rechnung zu tragen. Die Bundesregierung ist somit gut aufgestellt, signifikante und effiziente Beiträge zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Afghanistans und damit auch zur langfristigen Stabilität des Landes und der Region zu leisten.

Wir werden unser entwicklungspolitisches Engagement in Afghanistan auch jenseits der 2011 beginnenden Übergabe der Sicherheitsverantwortung von ISAF an die afghanischen Sicherheitskräfte – und auch jenseits des Abzugs von ISAF –



Seite 5 von 5

fortsetzen. Entwicklungspolitik braucht auch und gerade in Afghanistan einen langen Atem.

Dass die zivile Aufbau- und Entwicklungsarbeit in Afghanistan nicht gefahrlos ist, hat uns das Attentat von Heiligabend gegen Mitarbeiter eines deutsch-afghanischen Straßenbauprojektes erneut auf schreckliche Weise gezeigt. Neben den Soldaten gehen auch die zivilen Helferinnen und Helfer besondere Risiken ein. Auch ihnen schulden wir eine sachliche Debatte über unsere Afghanistan-Politik, die jenseits der häufigen Schwarz-Weiß-Darstellungen der Komplexität des Landes gerecht wird und Afghanistan auch mit seinen Chancen und Potentialen ernst nimmt.

Mit freundlichen Grüßen

PS: Insbesondere für Ihr Engagement in den Wahlkreisen möchte ich Ihnen noch den elektronischen Afghanistan-Newsletter des BMZ empfehlen, der rund alle drei Monate erscheint und von aktuellen Entwicklungen in unseren Vorhaben berichtet. Der Newsletter kann über die BMZ-Website kostenlos abonniert werden (www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/asien/afghanistan/newsletter/index.html).